

Beilage zu Nummer 91 der Volksstimme.

Montag den 17. April 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 17. April 1916.

Preisprüfungsstellen.

Die mit weitgehenden Vollmachten und Befugnissen ausgestatteten örtlichen Preisprüfungsstellen sind in eine eingehende Prüfung der gesamten Preisverhältnisse und der Grundlagen der Preisbildung eingetreten. Zu diesem Zweck haben sie bei den Kleinhandeltreibenden eine genaue Durchsicht der Geschäftsbücher, der Schlusscheine, Prospektbriefe, Rechungen usw. vorgenommen. Weiterhin haben sich die Prüfungsstellen mit der Feststellung der Preise an Lebensmitteln und der Beobachtung des öffentlichen Marktes beschäftigt. Uebereinstimmend haben die Feststellungen ergeben, daß der feststehende Kleinhandel sich mit dem durchaus bestehenden und augenmerklichen Nutzen vom Verkauf von Waren begnügt. Ein enger Zusammenhang ist zwischen der Preisprüfungsstelle und den Landes- und Orts-Preisprüfungsstellen hergestellt worden. Es handelt sich dabei besonders um die Auslegung und Handhabung für die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen und weiterhin um die Gewinnung der Erfahrungs- und Gesichtspunkte von allgemeiner Bedeutung, die für die Gesamtheit der Preisprüfungsstellen zu werten sind.

Ferienheim. Am Samstag morgen ging der erste Transport erholungsbedürftiger Kinder von Wiesbaden nach Ferienheim bei Niederjossbach ab. Die Kinder werden mehrere Wochen dort verbleiben, um dann von anderen abgeholt zu werden.

Verwendung der Unkrauter zu Futterzwecken. Die Besitzer und Pächter von Grundstücken werden aufgefordert, zur Befämpfung der verbreiteten Unkrautarten (Säuerampfer und Ackerdistel) geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Die Verwendung der ausgefallenen Samen zu Futterzwecken erscheint dabei ebenso wertvoll, wie deren Befämpfung selbst. Das wirksamste Mittel zur Befämpfung der genannten Unkrauter bildet das Ausstreuen der Samen. Beim Lösen der Samen genügt hierzu ein Küchenmesser; bei Distel ist ein tieferes Ausstechen des ausdauernden Wurzelstocks mit dem sogenannten Distelstecher, einem Stiel mit meist eiserner Spitze, erforderlich. Die Arbeit kann von Schulkindern leicht geführt werden. Notwendig ist nur, daß die Ausrottung sich auf Wege, Grabenränder und Oerndflächen erstreckt. Die ausgefallenen Samen können in geschäftlichem Zustande sehr gut als Futterung an alle Haustiere, einschließlich des Geflügels, verwendet werden und würden gerade in den kommenden Wochen eine willkommene Ergänzung des Futters bilden. Die beste Zeit für das Ausstreuen dieser Unkrautpflanzen sind die nächsten drei bis vier Wochen. Ramentlich darf mit dem Ausstreuen des Lösenwassers nicht verzögert werden; es schadet sonst bitter und gelangt auch zur Samenbildung, was unter allen Umständen vermieden werden sollte.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 16. April. (Aus der Partei.) Die jährliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins fand am Samstag abend im „Kaiser Adolf“ statt. Den Vorsitz übernahm Genosse Glibschmann. Im Laufe des Abends fanden 11 Mitgliederberatungen statt. In vier Versammlungen wurden aktuelle Vorträge gehalten, in denen Genossen Gempel, Hammer, Vogt und Otto referierten. In der Frauenversammlung sprach die Genossin Eifin (Mainz); ferner fand eine öffentliche Versammlung gegen Lebensmittelpreiserhöhung statt, in der Genosse Glibschmann referierte. Die Ferienpaziergänge wiesen einen durchschnittlichen Besuch von 1000 Kindern auf. In der Stadtverordnetenversammlung wurden die Genossen Richter und Köhler wiedergewählt. Beide stehen im Felde, infolgedessen ist die Arbeiterbewegung während der Dauer des Krieges ohne Vertretung. Die Eingabe des Vorstandes an den Magistrat, um sich und seine einzelnen Kommissionen zu gewähren, wurde abgelehnt. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab Genosse Richter 154,45 Mark. Mitglieder zahlten wir zu Beginn des Jahres 78 männliche und 19 weibliche. Im Laufe des Jahres wurden wieder 8 Genossen zum Seeresdienst einberufen. Der Umsatz der Kollportage betrug 393,49 Mark. Der momentane Bestand der „Volksstimme“ ist auf der alten Höhe geblieben, die Feldpostabonnenten haben zugenommen. Dem Magistrat wurde auf Antrag des Genossen Berke Entlastung erteilt. Die Vorstandswahlen ergaben einstimmige Wiederwahl der bisherigen Genossen: Hofmann als 1. Vorsitzender, Brückmann 2. Vorsitzender, Fritsch als Kassierer und Hofmann als Schriftführer. Als Revisoren wurden die Genossen Berke und Scheffer gewählt. In den Kreisverbänden wurde der Genosse Hofmann delegiert. Unter Parteizugehörigen gab es durch das vom erweiterten Bezirksvorstand herausgegebene Flugblatt zum Pressefreit lebhafteste Auseinandersetzungen.

Diebstahl, 17. April. (Uebervorteilen.) In der Kaiserstraße wurde von einem Kradler der 4 Jahre alte Junge unseres Genossen, der gegenwärtig Seeresdienst leistet, überfahren. Der Junge ging noch ziemlich gut ab. — (Der Ernst der Zeit.) Samstagvormittag kam es auf dem Rathaus zwischen zwei Frauen und den Schulleuten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Frauen hatten die Absicht Brotmarken zu holen, wurden aber aufgehalten und machten, dadurch veranlaßt, ihren bedrückten Herzen ihre Worte Luft. Eine Frau wurde auf der Wache festgehalten.

Wiesbaden, 17. April. (Die Stadtverordnetenversammlung.) Die Stadtverordnetenversammlung hat sich nochmals mit der Frage der Unterhaltung der Bismarckstraße durch den Bezirksverband beschäftigt, da nach einem Schreiben des Landrats es aufzuheben ist, daß der Kreis ein Drittel zu den jährlichen Unterhaltungskosten von 3300 Mark zusteueren. Sollen die Kosten der Unterhaltung der Bismarckstraße auf den Kreis übertragen werden, so ist ein Viertel zu den Unterhaltungskosten zuzuschlagen, wenn die Zahlung erst am 1. April 1918 beginnt. Die Anlage eines Gemüsegeländes in der Volkskule soll auf Anregung des Gemeinderates durch die Unterführung der Rgl. Veranlassung zugestanden werden. Das vier Morgen große Grundstück der Volkskule an der Rüdelsheimer Landstraße soll als Gemüsegelände benutzt werden. 2 1/2 Morgen sollen für Gemüse,

1 1/2 Morgen für Kartoffeln verwandt werden. Die Rgl. Veranlassung hat 60 000 Gemüsepflanzen unentgeltlich zur Verfügung gestellt; ferner hat der Gartenbauinspektor Junge einen Bebauungsplan entworfen. Die Schüler der oberen Volksschulklassen sollen das Gemüsegelände anlegen. Für die Sache wurden 500 Mark bewilligt. Ueber die Fleischversorgung gab es eine ausgiebige Aussprache, in der betont wurde, daß die Stadtverordneten wie überhaupt die Leitung der Stadt kein Verschulden treffe, wenn es an Fleisch fehle. Der Rheingaukreis werde als landwirtschaftlicher Kreis angesehen, weshalb ihm nur ein Fünftel dessen, was im Verhältnis die Stadt Frankfurt erhalte, zugewiesen werde. Als landwirtschaftlicher Bezirk in dem genannten Sinne sei er aber nicht anzusehen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Lebensmittelversorgung der Stadt Höchst a. M.

Die Stadt Höchst a. M. hat den Lebensmittelverkauf während der Osterwoche in folgender Weise geregelt: Eier: An die minderbemittelte Bevölkerung werden billige Eier im städtischen Lebensmittelgeschäft Hauptstraße 75 zum Preise von 15 Pfg. das Stück gegen Vorzeigen der Fleischkarte verkauft. Der Verkauf findet statt: am Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr für die Inhaber der Fleischkarten No. 500—750, nachmittags von 2—6 Uhr No. 750—1000; am Donnerstag, vormittags von 8—12 Uhr No. 1000—1250, nachmittags von 2—6 Uhr No. 1250—1500; am Samstag, vormittags von 8—12 Uhr No. 1500—1750, nachmittags von 2—6 Uhr über No. 1750 sowie für die No. 1—500.

Schweinefleisch: Reines Schweinefleisch wird an Minderbemittelte in Packungen von 1/2 Pfund zu M. 1,25 am Montag und Dienstag, nachmittags von 3—6 Uhr, im neuen Rathaus verkauft. Bezugsberechtigt sind diejenigen Familien, welche in dieser Woche kein Schmalz oder Fett erhalten haben. Zur Regelung des Verkehrs werden von 2 Uhr ab Marken an der Wache im neuen Rathaus abgegeben. Auch wird eine größere Menge Butter erwartet, sobald mehr Inhaber von Butterkarten als sonst berücksichtigt werden können.

Schweinefleisch: Die Kommission hat beschlossen, ausnahmsweise in den städtischen Läden die doppelte Menge Schweinefleisch (also statt 1/2 Pfund 1 Pfund pro Kopf) von Mittwoch den 19. April an abzugeben. Bezugsberechtigt sind: am Mittwoch die Nummern 750—1000; am Donnerstag die Nummern 1000—1500; am Samstag vormittags die Nummern 1500 bis über 1750. Die Inhaber der Nummern 1—500 werden des Feiertages wegen schon am Samstag nachmittags von 2—7 Uhr zugelassen. Das Pfund Schweinefleisch für die minderbemittelte Bevölkerung kostet wie bisher nur M. 1,20. Außerdem stehen die verschiedensten Lebensmittel in dem städtischen Geschäft, Hauptstraße 75, für die minderbemittelte Bevölkerung zur Verfügung, insbesondere auch Bohnen und Erbsen.

Höchst a. M., 17. April. (Die Leiter der Zentralbibliothek) werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgabe der Bücher im „Bogen-Road“ jetzt im ersten Stock stattfindet und zwar Mittwoch abend von halb 7 bis 8 Uhr.

Schwanheim, 15. April. (Gemeinderatsbesitzung.) In nichtöffentlicher Sitzung wurden auf die Dauer von sechs Jahren wiedergewählt: als Beigeordneter Johann Müller, als Schöffen Josef Rühl und Paulusar Stach. Für den verstorbenen Herrn Dr. Bernhardt und den eine Wiederwahl ablehnenden Landwirt Jakob Heinrich VII. wurden die Vertreter Johann Pfeiffer und Jakob Berg als Schöffen ernannt. Der Vorschlag für 1916 ist nicht beantragt worden. Er wird deshalb von der Vertretung genehmigt. Im Einnahme- und Ausgabe sind vorerstattet 903 000 Mark. Für die Volkshochschule sind vorgemerkt 75 200 Mark, für die gewerbliche Fortbildungsschule 1563 Mark, für die Armenverwaltung 9685 Mark, für Unterhaltung der Ortsstraßen 2000 Mark, für Unterhaltung der Bismarckstraße 3700 Mark und für Straßenbeleuchtung 5300 Mark. Der Titel Mainbrücke weist in Ausgabe 8005 Mark, in Einnahme 20 150 Mark auf. Der Titel Kanalbau 32 080 Mark in Einnahme und 34 465 Mark in Ausgabe. Der Voranschlag sieht 100 Prozent Zuschläge zur Einkommensteuer und 100 Prozent zur staatlich veranlagten Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer vor, was einen Betrag von 77 017 Mark ergibt. Die Vertretung stimmt dem zu. Die Ergänzungswahlen zur Gemeinderatsvertretung sind nicht beantragt worden. Die Vertretung beschließt deshalb ihre Stillsitzung.

Homburg a. d. S., 17. April. (Eine Stadtverordnetenversammlung) findet am Dienstag den 18. April, abends 8 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: Gewährung eines vorläufigen Kredits an die Zentral-Einkaufsgesellschaft zur Versorgung der hiesigen Hotels und Kurorten usw. mit Lebensmitteln, Verpachtung der Wolkensanatorium, Gewährung einer Entschädigung für Reinigung des Gymnasialturnhalle infolge Witterung der letzteren durch das eigene Hausabfuhrplan für 1916.

Oberursel, 16. April. (Auch eine Betriebsstörung.) Vor einigen Tagen brannte ein Frankfurter Metzgermeister eine Kuh durch und konnte nicht wieder ergriffen werden. Gestern früh lag nun das Tier zwischen Oberursel und Homburg auf dem Bahngleise; es ließ sich auch durch den herankommenden Zug nicht im mindesten hören. Der Zug mußte halten. Man ging der Rettung zu Leibe. Umsonst. Endlich wich die Hebermacht, konnte nach Oberursel, wo sie die größten Anstrengungen ausübte. Schließlich nahm ein Homburger Jägermann, der auf das Tier schah, aber wegen des zu großen Felsgebietes und der allzu geringen Entfernung nur die Spitze eines Horns leicht streifte. Um den Schützen nicht in weiteren Mißkredit zu bringen, ließ sich die Kuh nunmehr sofort willig fesseln und abführen.

Hübsheim, 16. April. (Kesselfeld.) Am 31. Januar gerieten die jugendlichen Arbeiter Peter Spielmann und Peter Rauheimer durch Schimpfereien aneinander. Es flogen die Worte: „Komm nur her, wenn du was willst!“, „Komm du nur her, ich fürchte mich nicht!“ hinüber und herüber. Darauf sprang Rauheimer dem Spielmann an die Kehle. Um sich zu wehren und aus Furcht, der Angreifer möchte noch Hilfe bekommen, griff Spielmann zum Messer, das er schon offen in der Tasche hatte, und versetzte dem Rauheimer einen Stich in den Unterleib, wodurch Darm und Bauchfell schwer verletzt wurden. Der junge Rauheimer wurde sofort ins Krankenhaus nach Mainz gebracht, starb aber kurz darauf an den schweren Verletzungen. Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden war der Ansicht, daß hier Mord nicht am Platz sei, und verurteilte Spielmann wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu sechs Monaten Gefängnis.

Nieder-Jossbach, 16. April. (Folgen der Fleischnot.) Einem hiesigen Landwirt wurde nachts eine Kuh aus dem Stall gestohlen. Am nächsten Tag fand man auf einer entfernten Wiese

Reste des Tieres. Die Diebe hatten die Kuh dort geschlachtet und die besten Stücke mitgenommen.

Rechenheim, 16. April. (Spiele nicht mit Schießgewehr.) Ein beim Landwirt Fr. M. fix beschäftigter junger Gärtner hantierte Freitag abend auf dem Hofe mit einer Pistole, ohne eine Erlaubnis zu haben, daß das Gewehr geladen war. Das Gewehr entlud sich und die ganze Ladung flog einer polnischen Arbeiterin ins Gesicht, so daß sie Blutüberströmte zusammenbrach. Man brachte sie sofort ins Krankenhaus, wo sie noch hoffnungslos darniederliegt. — (Verkauf von Büßel.) Für jede Familie kann eine Karte zum Bezug von zwei Büßel Älter Büßel im Rathaus, Zimmer 3, abgeholt werden. Die Verkaufsstellen werden noch bekanntgegeben.

Rechenheim, 17. April. (Fleischknappheit.) Es ist den hiesigen Metzger bei der gegenwärtigen Knappheit an Schlachtvieh nicht möglich, ausreichend Fleisch für die hiesige Bevölkerung zu beschaffen. Zu hoffen wäre, daß durch das neue Reichsfleischgesetz dem Mangel noch und noch abgeholfen wird. Wie steht es mit dem Verkauf? Ein großer Teil unserer Bürgerschaft verlangt eine die augenblicklichen Verhältnisse überschreitende Menge Fleisch einzukaufen. Kommt aber eine arme Arbeiterin und will mit einem kleinen Markt für ihren Haushalt sich besorgen, so findet sie gewöhnlich die Metzgerläden geschlossen. In der jetzigen ersten Zeit ist ein derartiges Verhalten unserer gut situierten Bürgerschaft ganz besonders verwerflich. Es wäre in diesem Falle angebracht, die Fleischkarten einzuführen, wie es auch in größeren Gemeinden schon geschehen ist. — (Verkauf von Speck und Schmalz.) Der Verkauf von Speck und Schmalz erfolgt in dieser Woche in den Läden von Vinsamer, Langstraße 121, Lang, Langstraße 66 und Rier, Wilsener Landstraße 3, gegen Marken, die im Rathaus, Zimmer 3, abgegeben werden. Die Abgabe erfolgt Montag und Donnerstag von 7—11 Uhr und von 1—4 Uhr. Der Preis beträgt für Schmalz 1,50 M., für Speck 1,20 M. für ein Viertelpfund.

Langendiebach, 17. April. (Aus der Zigarrenindustrie und Widelformenindustrie.) Im Hotel „Zum Adler“ in Hanau hielt die Zigarrenindustrie und Widelformenindustrie J. Brünning & Sohn A.-G., hier, am 14. ds. Mts. ihre 18. Generalversammlung ab. Die aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, war das Geschäftsergebnis während des letzten Kriegsjahres für die Firma Brünning ein außerordentlich glänzendes. Nach den Abschreibungen in Höhe von 220 780 M. hat die Firma einen Reinertrag von 612 378 M., gegen 332 062 M. im Vorjahre erzielt. Die Dividende beträgt 10 Prozent gegen 5 Prozent im letzten Jahre. An Entlohnung und Gratifikationen werden 116 330 M. ausbezahlt, für den Betriebsfonds 17 000 M., Amortisationsfonds 42 900 M., 86 348 M. werden vorgeschlagen. Das Geschäft hat sich 1915 außerordentlich gehoben, während es bei Kriegsausbruch ziemlich darniederlag. Die Abteilung Zigarrenindustrie war sehr gut beschäftigt. In der Abteilung Sperrholz wurden Vorratserhöhungen ausgetüftelt. Dagegen war die Formenindustrie ruhig. Man erhofft auch für dieses Jahr wieder gute geschäftliche Resultate. An Kriegunterstützung wurden für die Familien der im Felde stehenden Beamten und Arbeiter rund 52 000 M. ausbezahlt. Durch Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband erhalten die Arbeiter von jetzt ab eine Teuerungszulage von 10 Prozent.

Langendiebach, 17. April. (Nicht auf einen fahrenden Zug springen!) Diese Warnung wird noch recht wenig beachtet. Wie vor einiger Zeit in Nidderingen, so hat auch jetzt in Langendiebach diese Unfälle wieder ein blühendes Menschenleben gekostet. Als am Samstag die 15jährige Fabrikarbeiterin Anna Katharina Hofmann von hier mit dem von Koblachhausen kommenden Zug nach Hanau zu ihrer Arbeitsstelle fahren wollte, sprang sie auf den noch in Fahrt befindlichen Zug, glitt hierbei vom Treibbrett ab und kam so unglücklich zu Fall, daß ihr der Schädel eingedrückt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Langensfeld, 17. April. (Um das tägliche Brot.) Die nächste Ausgabe von Brot erfolgt Donnerstag den 20. April in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags. Das Brot wird nur gegen Marken, die mit dem Gemeindefleisch versehen sind, abgegeben. Die Marken sind bei den Bezirksvorstehern am Mittwoch zu den festgesetzten Zeiten zu haben. Die Ausgabe von Speck erfolgt an jedermann ohne Marken bis zum Gewicht von einem Pfund.

Darmstadt, 16. April. (Grauiger Selbstmord.) Mit durchschnittenem Halse fand man gestern ein etwa 21 Jahre altes in der Frankfurter Straße befindliches Mädchen aus Reinheim i. O. Es hatte sich in seiner Kammer mit einem gefährlichen Küchenmesser den Hals fast bis zur Hälfte durchgeschnitten, der entsetzte Körper lag quer über dem vollständig blutdurchtränkten Bett. Aus einem angefangenen Brief geht hervor, daß die Tat infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Herrschaft und durch zu befürgende Stellenlosigkeit begangen worden ist.

Schatten, 16. April. (Blutvergiftung.) Im Nachbarort Sichenhausen zog sich der Landwirt Ludwig Adolph beim Düngen mit Jauche eine Fingerverletzung zu. Es entwickelte sich daraus eine Blutvergiftung, der der 62jährige Mann nach kurzer Zeit erlag.

Aus Frankfurt a. M.

Die städtische Lebensmittelversorgung.

Man schreibt uns: Bei der Generaldebatte zum Etat sind in der Stadtverordnetenversammlung fast allgemein die Maßnahmen des Magistrats in der Lebensmittelversorgung als unzulänglich erklärt worden. Der Führer der fortschrittlichen Volkspartei, Herr Hund, war es insbesondere, der sehr entschieden Kritik übte und eine bessere Organisation verlangte. Herr Hund hat nur wiederholt, was früher schon sozialdemokratische Redner im Stadtparlament gesagt haben und in der „Volksstimme“ wiederholt vorgeschlagen worden ist. Man hätte nun annehmen können, daß die stärkste Fraktion der Stadtverordnetenversammlung sich der sozialdemokratischen Kritik anschloß, dies eine größere Wirkung in der Magistrat ausübte. Aber weit gefehlt! Man merkt in Frankfurt noch nichts von einer anderen, besseren Leitung in der Lebensmittelversorgung. Der Magistrat hat anscheinend immer noch kein Gefühl und Verständnis dafür, daß die Versorgung der Bürgerschaft mit Lebensmitteln die wichtigste Aufgabe ist, die zurzeit eine Stadtverwaltung zu lösen hat.

Das ist der Grundfehler in der städtischen Lebensmittelversorgung in Frankfurt: daß an alle Fragen nur zögernd, abwartend herangegangen wird, nicht eher als man dazu gezwungen ist. So wird jeder Teil der Lebensmittelversorgung so gut oder so schlecht erledigt, als die einzelnen Abteilungen vortretenden Beamten Fähigkeiten hierfür besitzen. Einheitliche Grundgedanken, innerer Zusammenhang, große einheitliche Organisation: das ist's, was in Frankfurt auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung fehlt. Herr Hund hat einen befähigten Stadtrat an die Spitze des Ge-

werbe- und Verkaufsamts verlangt. Das allein würde aber u. E. auch nicht genügen. Notwendig ist die Schaffung eines besonderen Amtes für die Lebensmittelversorgung, dem alles auf diesem Gebiet unterstellt wäre. In der Spitze des Amtes müßte selbstverständlich ein befähigter Stadtrat oder einer der Bürgermeister stehen. Kein Amt würde eine größere Bedeutung haben, wie dieses. Nicht nur jetzt, sondern wahrscheinlich auch nach dem Kriege.

Völlig verfehlt hat bisher die städtische Organisation in der Verteilung der Lebensmittel. Wie oft sind in der Stadtverordnetenversammlung die skandalösen Zustände bei der Warenabgabe in der Markthalle an der Pattonstraße gerügt worden! Was sich dort im Großen abspielte, finden wir nun in kleinerem Maßstabe in allen Stadtteilen. Die Zustände sind da nicht weniger skandalös. Von morgens früh 4 Uhr ab stehen an einzelnen Regalrücken dicke Menschenmassen, um gegen 7 oder 8 Uhr vielleicht ein Pfund städtisches Schweinefleisch oder Wurst oder 1/4 Pfund Fett zu bekommen. Das gleiche Bild sehen wir vor den Läden, wo städtische Eier, oder wo Zucker abgegeben wird. Überall ein dichtes Gedränge und ein stundenlanges Warten. Und welche Szenen sich oft dabei abspielen: Kinder werden halb tot gedrückt, Frauen ohnmächtig, und manchmal gibt's dabei noch Schlägerei.

Diese Zustände sind empörend, skandalös. Namentlich, wenn, wie es am Samstag wiederholt geschah, berittene Schutzleute in die Menge der Frauen hineintraten, um sie auseinanderzutreiben.

Pflicht der Stadt ist es, hier Remedur zu schaffen, eine geordnete Warenverteilung vorzunehmen, eine Verteilung, bei der jeder Bürger gleichmäßig behandelt wird und ein jeder zu seinem Rechte kommt. Ist's Unfähigkeit oder Bequemlichkeit, daß die Stadt, die dafür in Frage kommenden Stellen, diese Pflicht nicht erfüllen? Gewiß, die reichen Leute brauchen nicht stundenlang zu warten, um Fleisch zu bekommen. Sie können sich auch Eier u. a. mehr genügend kaufen. Die minderbemittelte Bevölkerung ist es, die auf den Bezug der städtischen Lebensmittel angewiesen ist. Und die Frauen dieser Bevölkerungsschicht müssen oft halbe Tage unterwegs sein, um diese Waren zu bekommen — oder auch nicht zu bekommen.

Soll dieser beschämende Zustand aufrecht erhalten, keine andere Regelung möglich sein? Daß sie möglich ist, zeigt die Regelung der Butterabgabe, bei der von heute an vielleicht geordnete Zustände eintreten. Die Ansammlung von großen Menschenmengen vor den einzelnen Läden muß vermieden werden. Gewiß, ein Vorschlag, wie das gemacht werden soll, ist nicht so leicht. Aber hat die Stadt nicht genügend tüchtige Leute, Magistratsmitglieder und andere, die dies beraten können? Bei der Abgabe städtischen Schweinefleisches will man das Gedränge dadurch vermeiden, daß beim nächsten Verkauf nur diejenigen berücksichtigt werden, die das vorige Mal nichts bekommen haben. Das scheint uns nicht zu genügen. Notwendig ist u. E. eine einheitliche planmäßige Regelung. Eine Rationierung dieser Waren, die Einführung von Fleisch- und Zuckerkarten halten wir vor allem für dringend notwendig. Dann ist ferner nötig, daß das Publikum diese Karten nur in dem Bezirk, wo es wohnt, immer bei dem gleichen Abgeber entnimmt. Heute ist es so, daß von allen Stadtteilen ein starker Zustrom nach der inneren Stadt — der gar nicht bestraft ist — sich bemerkbar macht. Der Andrang zu den einzelnen Verkaufsstellen ist also zu regulieren, jedes längere Warten unmöglich zu machen. Das kann geschehen durch die Ausgabe von laufenden Nummern vor jedem in Frage kommenden Geschäft. Jede Frau, die Fleisch, Eier oder Zucker kaufen will, könnte sich zu jeder beliebigen Zeit eine Nummer holen. Das Geschäft würde durch Auszug bekannt machen, welche Nummern an jedem Tage an der Reihe sind. Da es die täglich abzugebende und die auf einen Kopf entfallende Menge kennt, kann die Abgabe nach dem Bedarf reguliert werden. Hat der einzelne seine Nummer, bei deren Ausgabe eben, die Karte, die zum Bezug legitimiert, obgestempelt werden muß, so weiß er bestimmt, daß er die ihm zustehende Ware auch bekommt. Er hat sich nur zu vergewissern, wann seine Nummer an der Reihe ist.

Bei der Abgabe von städt. Fleisch und Wurst müßte den Wiegern natürlich verboten werden, für ihre „bessere Freundchaft“ Fleisch zu reservieren, wie dies jetzt häufig vorkommt. Jeder Käufer muß gleich dem anderen behandelt werden.

Das wäre ein Vorschlag zur Vermeidung der unwürdigen Zustände, wie wir sie heute haben. Wir sind überzeugt, daß noch andere, vielleicht bessere, gemacht werden können. Der Magistrat hat aber die Pflicht, hier eingzugreifen: im Interesse der Bürgerschaft, des Gemeinwohls. Caveant consules!

Der Kampf der Weltanschauungen nach dem Kriege.

Die „Soz. Part. Korresp.“ vom 25. März d. J. hat dem Genossen B. u. S. infolge seiner überlieferten und allzu frühen Neuorientierung der Parteipolitik (vergl. „Soz. Monatshefte“, 16. August 1916) attestieren müssen, daß er auch nach dem Kriege ein Eingänger bleiben wird, der nicht bemerkt sei, zu zeigen, wohin die Wege gehen werden. Dafür scheint er sich neben dem einen oder anderen Genossen um so gründlicher des Wohlwollens der bürgerlichen Gesellschaft zu erfreuen, und so konnte er auch geteilt in der höchsten Achtung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur sein Herz ausschütten über den Kampf der Weltanschauungen nach dem Kriege. Und wir müssen sagen: seine merkwürdigen Selbsteinschätzungen waren ganz vortrefflich in den Rahmen dieser — bürgerlichen Gesellschaft; mit sozialistischer Weltanschauung hätten sie nichts zu tun.

Ganz Deutschland führe jetzt — so führte der Genosse B. u. S. — den Kampf um seine nationale Existenz und Entwicklung, in dem wir nicht mühen um der Selbsterhaltung willen, nicht als Individuum, sondern als Glieder des Staates, der die Organisation des Friedens zur Förderung des Lebens aller sei. Die Frage sei nur, wie wir den Kampf als Glieder des Staates miteinander zu führen haben, und da gebe es zwei Möglichkeiten: das wir widerwillige Einschnitten in das Ganze, getragen von einem großen Individualismus, und das bewußte, freudige Aufgehen im Ganzen unter dem Zeichen der Einheit, der Verträglichkeit und Gerechtigkeit. In letzterem Sinne müsse auch der Kampf der Weltanschauungen, der sich eben angedeutet: Lebensauffassungen und der sie pflegenden Organisationen geführt werden, wo es sich darum handle, wie man sein Leben und das Leben des Ganzen glücklich und fruchtbringend gestalten könne. Der Kampf der Interessenorganisationen (wirtschaftliche Gruppen, politische Parteien, Staat), die alle Willenskräfte hätten und mit einander um ihre Durchsetzung den Kampf führten, entziele oft in nackten Egoismus, in brutale Wahrnehmung der individuellen Interessen und Gruppeninteressen. Darin dürfe man nicht aufgehen in der individuellen Sorge für seine Person, Partei, Nation. Parteien zum Beispiel seien ein großes, allerdings not-

wendiges Übel; auch er sei Vertreter einer Partei mit ganzem Willen; trotzdem habe er sich immer wieder fragen müssen: Ist nicht die Partei ein Unheil gegenüber dem Gemeinwohl, für das man doch da sei?

Hier erwachte den Weltanschauungsorganisationen die bedeutungsvolle Aufgabe, mildern eingzugreifen, und er sei deshalb Mitglied des Konfessionsbundes geworden, um nicht immer nur Sozialdemokrat zu sein; das sei ihm auf die Dauer unerträglich geworden. Er wolle auf diese Weise auch mit freiständigen und Nationalistischen zum Gedankenauflösung zusammenkommen. Es sei so ungedeutet schwer, sich innerhalb einer Partei bewahrt zu bleiben, daß auch das Ganze da sei; er habe oft die Notwendigkeit des sozialen Schließens zu den anderen Parteien betont, dabei aber immer das Gefühl gehabt: Denken jetzt nicht meine Genossen, daß du Verdrößer treiben willst?

Eine überaus heilsame Sache sei es, in Organisationen zusammengeführt zu werden, die demselben die Objektivität und Wahrheit suchen, eine wunderbare Wohltat für die, die sonst gezwungen sind, einseitige Interessen zu vertreten. Höchster Lebensgenuss sei es, die Wahrheit zu erkennen, die in den Parteien nicht zur Geltung kommen könne, da sie aus falschen Gründen oft verdrängt werden müsse. Einzig und allein die objektive Wahrheit sei das sichere Fundament für das Verhältnis zum Ganzen; aber sie können wir nur finden, wenn wir uns selbst alle zusammenfinden. Der Vereinzelte verfallt in Skeptizismus und Pessimismus und greift oft zu dem Rettungsanker des Autoritätsglaubens: Was sagst du, Kapit? Was meinst du, Parteiführer?

Aber eine Lebensauffassung, solle sie fruchtbringend sein, müsse sich selbst aufbauen; das könne er nur bewirken durch das gemeinsame Suchen nach Wahrheit; in diesem genieße man das höchste Glück einer objektiven Diskussion. Im Kampfe der Lebensauffassungen selbst sollten nur edle Waffen verwendet werden; es sollten Schweigen, Hohn und Verachtung, Hohn und Spott, es sollte herrschen die Gerechtigkeit. Alles begreifen heiße, alles verzeihen; mit dieser spirituellen Erkenntnis sei der Parteigeist tot, und es erwache die Neigung zur Arbeitsgemeinschaft — trotz aller Gegensätze.

Nach dem Kriege kamen viele nicht zur praktischen Zusammenarbeit, weil sie aus Prinzipienstreit im Streit verharren würden; hier müßten die Weltanschauungsorganisationen (wohl der Konfessionsbund und die Gesellschaft für ethische Kultur) d. h. besser eingreifen. Es gebe auch eine Grundabgrenzung, die zu innerlicher Arbeit und Glückseligkeit führe, und selbst die größten Geister seien der Gefahr der Prinzipienverhaftung ausgelegt: so habe Bismarck immer betont, es sei für uns Deutsche gleichgültig, ob die Russen in Konstantinopel saßen oder nicht; und heute sei es die wichtigste Lebensfrage der deutschen Nation, sie von dort fernzuhalten. So habe auch Babel geglaubt, der Krieg würde direkt zum Sozialismus führen (man könne das in Goethes Buch nachlesen), und jetzt würde er eines anderen belehrt werden.

Die Arbeit für die Weltanschauung und das gemeinsame Suchen nach objektiver Wahrheit werde nach dem Kriege nicht leicht sein, insofern der Ueberfluß der materiellen Arbeit, die es zu leisten gelte; es sei Gefahr in Verzug, daß bei dieser Arbeit die beschönigende Nahe und die metaphysische Neigung verloren gehe. Wenn Vertreter der Kirche heute behaupten, der Krieg habe den Sinn für Metaphysik im Sinne des Christentums geweckt, so sei das eine ungeheuerliche Täuschung. Dieses sei unter die Füße genommen in diesem Weltkriege, dessen tiefster Sinn sei: der Wille, das ganze Erdenrund der modernen Kultur zu erschließen. Wollen wir doch nach Osten blicken, um auf dem Balkan und in Rußland unendliche Kulturarbeit zu leisten, diese Länder erst der Kultur zu erschließen. Doch aber jetzt Millionen sterben, dafür soll in späterer Zeit das Volk leben und blühen, das in der Kulturlosigkeit an der Spitze marschierte.

Somit die Ausführungen des Genossen B. u. S. mit deren parteipolitischen und kulturpolitischen Zielsetzungen, wie mit seiner Ausdeutung des Weltkrieges uns auseinanderzusetzen sich erübrigt. Aber die Frage muß doch gestellt werden: Wenn sich jemand im Rahmen einer Partei so bewegt fühlt, wenn darin sein Streben nach Wahrheit so wenig Befriedigung findet, daß er dazu die Gemeinschaft mit anderen schließlich sucht, ja dazu sogar Mitglied des Konfessionsbundes wird, warum gebraucht er nicht seine Freiheit, um sich von diesem Gemeinschaftszwang völlig zu befreien? Was aber am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß Genosse B. u. S. gar keinen Unterschied kennt zwischen seiner Partei und den bürgerlichen Parteien. Wäre alles, was er über dieses „notwendige Übel“ sagt, zutreffend für die bürgerlichen Parteien, die nichts anderes sind als der Ausdruck des im bürgerlichen Staat spielenden Interessengegensatzes der herrschenden Klassen, die nichts anderes kennen, als Handeln und Heißen um ihre Interessen, und denen auch Allgemeinwohl nur ein Mittel zu diesem Ziele ist! Wir haben bisher mit allem Nachdruck und mit allem Recht betont, daß die sozialdemokratische Partei auf Grund ihres Programms und des diesem zugrunde liegenden wissenschaftlichen Sozialismus etwas von den bürgerlichen Interessengruppen Wesensverschiedenes darstellt, daß sie gerade neben der Willensrichtung auch alle Grundlagen einer Lebensauffassung in sich birgt; und darum haben wir, wenn wir den Grundgedanken dieses Sozialismus und das ihm zugrunde liegende wissenschaftliche Fundament zu Ende denken, vielfach nicht den allgeringsten Anlaß, bei irgendwelchen bürgerlichen Weltanschauungsorganisationen die „reine Wahrheit“ suchen zu wollen.

So sehr wir ihm aber schließlich beistimmen müssen, daß er hinsichtlich des Nichtverkommens in Grundzüge den Gipfel aller Volkseinheit bekommen hat, so wenig wird er — auch nach dem Kriege die sozialistisch denkende Arbeiterschaft für seine Anschauungen und die von ihm propagierte „Kultur“-Arbeitsgemeinschaft gewinnen können. Vielleicht hat er größeres Glück mit der Propaganda seines anderen Siedensperdes, des Epizentroids, dessen Hohlkegel er auch geteilt zu singen nicht veräußert hat.

Beschlüsse der Freiprüfungskasse. Am 17. April wird berichtet: Die letzte Sitzung der Freiprüfungskasse beschäftigte sich zunächst mit allgemeinen Fragen der Fleischversorgung. Der Vorsitzende berichtete über die vom Magistrat bei der Fleischfleischstelle und dem Zentralbrotbäckerverband und anderen maßgebenden Stellen getonten Schritte zur Bekämpfung des jetzt herrschenden und aller Voraussicht nach für die nächste Zeit nicht zu beseitigenden Viehmangels. Es wurde alsdann die in der Kommissionung vorbereitete Aufseßung der Schweinefleischpreise beschlossen. Die bevorstehende Bestandaufnahme für Zucker war Gegenstand eingehender Beratung. Mitgeteilt wurde die Aufhebung der jetzigen Höchstpreispreise durch den Reichsanwalt und demgemäß beschloß, die höchsten Kleinverkaufspreise anzusetzen. Die Versammlung nahm auch Stellung zu den derzeitigen Preisen für Appellwein.

Rationalisieren im Brot. Als ein langjares es um Schöpfen, geriet bezeugt, daß die Kartoffeln, die als Mehl in unser Kleinbrot hineinkommen, mit der Schale gemahlen werden. Zahlreiche Bäcker sollen sich dieser vorläufigen Maßnahmsmaßnahme schuldig gemacht haben. Eine Weisung wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Nur dem Umstande, daß ihr Mann an der Front und ihr Betrieb nur klein ist, hatte sie diese milde Strafe zu verdanken.

Arbeitspflicht für Radeln. Die Leiter von Radeln, einfaßeln haben über diese Radel eine besondere Meldung, unbekannt aller bisher erhaltenen Meldungen, bis zum 1. Mai 1916 zu erledigen. Formulare sind beim statistischen Amt anzufordern und ausgefüllt zeitigstens dahin zurückzusenden. Die meisten Radeln solcher Einfafeln scheinen die Verordnung übersehen zu haben.

Eine Stiftung. Die Hinterbliebenen des verstorbenen Bankiers Moritz Bauer haben der Stadt 50 000 Mark für ein Gedenkbauwerk überwiesen, in dem künftliche Kinder im Alter von 8 bis 10 Jahren ohne Unterschied der Konfession Verpflegung finden sollen.

Sanitätsgewerein. Nach Mitteilungen in der Hauptversammlung des Sanitätsgewereins wurden im Jahre 1915 1234 Fälle verpflegt, von denen auf 100 Betten 647 und auf 100 Kranke 672 entfallen. Die Zahl der Wiegertage betrug sich auf 8205 Kranke, 6340 halbe und 318 dreiviertel Tage. Besondere Erwähnung verdient das

Zusammenarbeiten des Hauptgewereins und der Sanitätsgewereins. Die finanzielle Lage verschlechterte sich durch die Kriegslage. Die Ausgaben für Wiegertage stiegen auf 35 682 Mark, auf 17 290 von der Stadt, der Ortskrankenkasse ufm. durch Zuschüsse gedeckt wurden. Die Einnahmen an Gebühren und Zahlungen verringerten sich gegen früher um ein Bedeutendes. Der Verbandsrat gezwungen, auch dieses Jahr wieder seine Bemühungen zu zeigen und sah sich genötigt, bei der Stadt um eine Eingekommen.

Briefkasten der Redaktion.

H. E. G. Die Unterhaltungsblätter hängen davon ab, daß wesentlich zum Unterhalt der Eltern beigetragen hat. Geltendmachung der Ansprüche müssen Sie sich an den Verband (Rathaus) wenden.

E. J. Uns ist von einer Reduzierung der staatlichen Unterhaltung von 15 auf 12 Mk. nichts bekannt.

J. B., Kandelhausen. J. 47. Krankheiten der Lungen. Brustleiden. J. 49. Krankheiten des Herzens oder der großen

Telegramme.

Heimkehr in England internierter Deutsche.

Berlin, 17. April. Ueber die Heimkehr deutscher Internierter aus England heißt es in einem Rotterdamgramm des „Berliner Tageblattes“: Die 10 nächsten der Seelandgesellschaft werden bei jeder Reise von 40 internierte Deutsche nach Blistingen bringen.

Kämpfe in Mesopotamien.

London, 16. April. (B. B. Nichtamtlich.) Am Telegramm aus Mesopotamien: Am 14. April den Tag schwerer Sturm. Während des 15. April hat auf dem rechten Flußufer schrittweise aber stetige Fortgemacht und die vorgeschobenen Linien des Feindes durchbrochen und besetzt. Der Feind ließ viele Tote und erhebliche Zahl an Gefangenen in den eroberten Gräben.

Englische Spionage in der Schweiz.

Basel, 15. April. (B. B. Nichtamtlich.) Die „Baseler Anzeiger“ meldet, ist hier eine englische Spionageagentur aufgehoben worden. Fünf Personen wurden in der bishigen Ausbildung der Spionage zugunsten Englands beim Unter ihnen befinden sich vier Baseler und eine Zugewandte. Die Anwerbung dieser Spione ist von Basler Behörden erfolgt.

Die Entente und die griechischen Bahnen.

Berlin, 17. April. (B. B. Nichtamtlich.) Zu den derungen der Entente an Griechenland wird dem „Berliner Tageblatt“ vom 15. April berichtet: Es verlautet, daß zu frag Ententegefallen neue Bedingungen von der Regierung warten, wie sie sich dem kategorischen Protest der griechischen Regierung gegenüber stellen sollen. Die Meinung hier vor, daß die Entente von ihrem Vorhaben nicht abwerde, mit oder ohne Einigung Griechenlands die bahnhöfen Athen - Patras und Athen - Larissa mit Beschlag zu belegen, um aufserbische Truppen nach Salonik zu überführen. Es ver Griechenland werde einem französisch-englischen Landungs such in Patras oder in anderen griechischen Häfen gesuch nicht passiv verhalten, sondern gezwungen sein, äußerster Verteidigungsmassnahmen zu greifen. Der lische Gesandte Elliot besuchte heute mittag den Ministerpräsidenten Stuludis, doch verlautet nichts darüber, daß es Erklärungen der Regierung übermittelte.

Wiesbadener Theater.

Neubau-Theater.

Montag, 17. April, 7 Uhr: „Der Varsche des Herrn Ober“. Dienstag, 18. April, 7 Uhr: „Der Fremde“. Der Schwarze Mittwoch, 19. April, 7 Uhr: „Reichen Gebrüder“. Donnerstag, 20. April, 7 Uhr: „Fuhrmann Henschel“. Freitag, 21. April: Geschlossen. Samstag, 22. April 7 Uhr (Kassette): „Armut“. Sonntag, 23. April (1. Osterfesttag), 14 Uhr: „Jenny und Halbe Br.“ — 15 Uhr: „Armut“. Montag, 24. April (2. Osterfesttag), 14 Uhr: „Der Herr Ober“. — 7 Uhr: „Die seltsame Erzählung“.

Königliches Theater.

Montag, 17. April, 7 Uhr: „Der Philosoph von Sans-Sou“. Dienstag, 18. April, 7 Uhr: „Gibello“. Mittwoch, 19. April, 7 Uhr: „Biedermann“. Hieraus: „Biedermann“. Donnerstag, 20. bis einschließlich 22. April geschlossen.

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend.

E. G. m. b. H.

Bureau und Zentrallager: Götzenstrasse 17. — Telefon 490 u.

Zwei Waggon

frische

bayerische Lande

pro Stück 22 Pfg.

W 1200

eingetroffen.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritz

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Wir sind auch Fremden sowie auswärtigen Gewerkschaften, auf der Ausflügen bestens empfohlen.